

Offener Brief des Personalrats des Badischen Staatstheaters

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“

Dieser Grundsatz schmückt seit einiger Zeit für alle gut sichtbar die Fassade unseres Theaters. Dass diese Maxime am Ende eben nicht bloße Fassade bleibt, sondern auch die selbstverständliche Grundlage der alltäglichen Zusammenarbeit bildet, dafür steht nicht nur jeder und jede einzelne Mitarbeiter*in in der Verantwortung. Auch die Theaterleitung muss sich getreu des neuen Spielzeitmottos täglich an „Haltung und Verhalten“ gegenüber allen Beschäftigten messen lassen.

Wir als Personalrat des Badischen Staatstheaters hätten uns vor diesem Hintergrund auch gewünscht, die jüngst in den BNN veröffentlichten Verfehlungen unseres Generalintendanten Peter Spuhler als gänzlich unerwartete Ausnahmefälle besprechen zu können. Leider ist genau das Gegenteil der Fall.

Seit Peter Spuhler 2011 die Leitung des Hauses übernommen hat, wurde uns in vertraulichen Gesprächen regelmäßig von den Missständen durch seinen Führungsstil berichtet. Ins Besondere künstlerische Mitarbeiter*innen, die natürlich auf Grund ihrer unsicheren und stets befristeten Verträge in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis stehen, eröffneten uns oft am Rande ihrer Kräfte ein Bild von der Schwere der Verfehlungen des Generalintendanten. Kontrollzwang, beständiges Misstrauen, cholerische Ausfälle.

Diese Schlagworte eines toxischen Arbeitsklimas, welches ausgehend von der Intendanz an die verschiedenen Spartenleitungen und am Ende auch an die Mitarbeiter*innen der verschiedenen Sparten herangetragen wird, waren und sind nach wie vor der Tenor in unseren Gesprächen mit den Betroffenen.

Die Optionen für die Kolleg*innen waren und sind leider ebenso beschränkt: Entweder sie verlassen das Haus oder sie wählen den Weg des „Durchhaltens“, der in den meisten Fällen quasi vorprogrammiert im akuten Krankheitsfall, nicht selten Burn-Out, endete.

Es sind vor allem die enge Vernetzung der Theaterlandschaft und die Seilschaften derer Protagonisten, die die zahlreichen betroffenen Kolleg*innen aus Angst vor dem möglichen Verbauen der eigenen Zukunft und Karriere bisher davon abgehalten haben, sich an die Öffentlichkeit zu wenden. Dies hat der Personalrat stets respektiert und sich somit auch an seine Verschwiegenheitspflicht im Sinne der Mitarbeiter*innen gehalten. An dieser Stelle sei auch auf den politisch fragwürdigen § 103 des Landespersonalvertretungsgesetzes verwiesen. Dieser schließt den Personalrat explizit aus der Mitbestimmung für das künstlerische Personal aus, was so tatsächlich nur noch in Baden-Württemberg und Bayern gegeben ist. Alle anderen Bundesländer sind hier sehr viel weiter.

Umso mehr ist es jetzt aus unserer Sicht also zu würdigen, dass ehemalige Mitarbeiter*innen die Kraft und den Mut aufbringen, entgegen aller möglichen Ängste namentlich den Schritt in die Öffentlichkeit zu wagen.

Selbstverständlich hat der Personalrat schon frühzeitig versucht im Rahmen seiner Befugnisse eine Verbesserung der Situation herbeizuführen. Nicht erst rund um den durch die Causa des ehemaligen Verwaltungsdirektors Obermeier 2015 zwingend notwendig gewordenen Moderationsprozess, wurde aktiv der Kontakt zu den politischen Entscheidungsträgern im Verwaltungsrat gesucht und auf die schwerwiegende Problematik der Führung am Badischen Staatstheater hingewiesen.

Hierbei wurde durchaus auch darauf verwiesen, dass die an unserem Hause zu Grunde liegende Struktur des Generalintendanten-Modells in nicht unerheblichem Maße dazu beiträgt, ein Fehlverhalten der Theaterleitung in seinen Auswirkungen für die Mitarbeiter*innen zu potenzieren. Den Vorschlag, dieses antiquierte Führungsmodell gegen ein in vielen deutschen Theatern inzwischen übliches Modell der Spartenintendant*innen auszutauschen, wurde von den Mitgliedern des Verwaltungsrats 2014 mit dem Verweis auf vermeintlich höhere Kosten abgelehnt.

Aus Sicht des Personalrats muss der oben bereits angesprochene Moderationsprozess zwischen Theaterleitung und Mitarbeiter*innen leider im Ergebnis als unwirksame Maßnahme zur Verbesserung der Binnenstruktur betrachtet werden. Sinnbild hierfür ist nicht zuletzt die wegen erheblicher inhaltlicher und verfahrenstechnischer Bedenken diverser Moderationsparteien erst im September 2017 erfolgte Veröffentlichung des entsprechenden Abschlussberichts.

Auch in diesem Zusammenhang ist den politischen Entscheidungsträgern keine Unwissenheit zu bescheinigen. Im Rahmen der Verwaltungsratssitzung vom 19.03.2018 wurde das ernüchternde Ergebnis einer Mitarbeiter*innen-Befragung zur Bekanntheit und Wirksamkeit der Moderationsergebnisse sowie der derzeitigen Arbeitsatmosphäre am Badischen Staatstheater vorgestellt. Die Reaktionen der Verwaltungsräte beschränkten sich hier allerdings auf die Bemänglung etwaiger formaler Fehler beim Erstellen dieser Umfrage. Eine Diskussion über den Kern der Sache war offenbar nicht erwünscht und kam somit auch nicht zu Stande.

Der Eindruck des fehlenden politischen Interesses an substantieller Verbesserung des Klimas an unserem Hause verstärkte sich im Nachgang zusätzlich. Die mit allen im Verwaltungsrat vertretenen Fraktionen (außer der AfD) nochmalig geführten Gespräche, sowie ein gemeinsam mit dem Orchestervorstand wahrgenommener Termin im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst 2019 blieben folgenlos.

Ein weiterer Versuch des Personalrats, die Situation für die Mitarbeiter*innen aus eigener Kraft zu verbessern, war der Abschluss einer Dienstvereinbarung zum „Partnerschaftlichen Verhalten“ am Arbeitsplatz. Ziel war es, eine verbindliche Vereinbarung zu schaffen, die ein wertschätzendes Miteinander sicherstellt und auf die sich alle Mitarbeiter*innen im

Ernstfall immer berufen können. Auch Herr Spuhler hat diese Vereinbarung unterschrieben. Aktiv umgesetzt wird sie viel zu oft nicht.

So besteht aus unserer Sicht auch erheblicher Zweifel daran, dass sich Generalintendant Spuhler in seinem Führungsstil wirklich ändern kann. Zu viele Chancen dazu hat er in den vergangenen 9 Jahren seiner Intendanz bereits ausgelassen.

Wir fordern nun den Verwaltungsrat des Badischen Staatstheaters, das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg sowie den Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe dazu auf, Stellung zu beziehen und Haltung zu zeigen, damit sich die geschilderten Umstände substantiell ändern können. Die knapp 800 Mitarbeiter*innen des Badischen Staatstheaters, die in allen Sparten und Bereichen mit Hingabe und trotz aller Widrigkeiten nach wie vor ungebrochenem Idealismus für das Wohl des Hauses arbeiten, haben das verdient!

Der Personalrat des Badischen Staatstheaters

Karlsruhe, den 03.07.2020